



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Die neue Fortschrittspartei.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die neue Fortschrittspartei.

Von der preussischen Grenze.

Die Nationalzeitung theilt die Namen derjenigen mit, welche das Wahlprogramm der „entschiedenen Liberalen“ unterzeichnet haben, und ergänzt dadurch wesentlich den Inhalt jenes Programms, das nur dann richtig verstanden wird, wenn man weiß, wer sich zur Durchführung desselben vereinigt hat.

Mit dem wesentlichen Inhalt des Programms finden wir uns, wie bereits erwähnt, in Uebereinstimmung; einzelne Ausstellungen, die wir hier zu machen haben, betreffen das Wesen nicht.

Erstens. Wir billigen es vollkommen, daß die deutsche Frage an die Spitze gestellt wird; in ihr liegt der Schwerpunkt des preussischen Fortschritts. Auch uns erscheint als letztes Ziel die Herstellung eines deutschen Bundesstaats mit preussischer Executive und allgemeiner Volksvertretung. Daß sich diesem Ziel noch sehr erhebliche Schwierigkeiten in den Weg stellen, hindert nicht, daran zu arbeiten. Da aber die neuen Wahlen nur für drei Jahre berechnet sind, so hätten wir gewünscht, daß die Zwischenstationen zur Erreichung dieses Ziels angegeben wären. Das Ziel wird unendlich hinaus geschoben, wenn die würzburger Militairreformen, es wird bedeutend angenähert, wenn die von Baden angestrebte Militairreform durchgeführt wird. Die preussische Regierung auf dem zweiten Wege fest zu halten und sie gegen den ersten zu stärken, erscheint uns als eine sehr wichtige und für die allernächste Zeit am meisten praktische Aufgabe der preussischen Volksvertretung. Dasselbe gilt von der kurhessischen Frage. Es scheint uns darum von der größten Bedeutung, diese Punkte in ein Wahlprogramm aufzunehmen, weil man sich durch Auslassung der Mittelglieder leicht in allgemeine fromme Wünsche, d. h. in Redensarten verliert.

Zweitens. Mit den Ansprüchen auf die Gesetzgebung, wie sie das Wahlprogramm aufstellt, sind wir vollkommen einverstanden, und wünschen und erwarten, daß die neuen Abgeordneten diese Aufgabe ernst im Auge behalten.

Drittens. Ueber die Militairfrage sagt das Programm Folgendes: „Für die Ehre und die Machtstellung unseres Vaterlandes, wenn diese Güter durch einen Krieg erlangt oder gewahrt werden müssen, wird uns niemals ein Opfer zu groß sein; im Interesse einer nachhaltigen Kriegführung aber erscheint uns die größte Sparsamkeit für den Militäretat im Frieden geboten. Wir hegen die Ueberzeugung, daß die Aufrechthaltung der Landwehr, die allgemein einzuführende körperliche Ausbildung der Jugend, die erhöhte Aushebung der

waffenfähigen Mannschaft bei zweijähriger Dienstzeit für vollständige Kriegstüchtigkeit des preussischen Volks in Waffen Bürgschaft leistet."

In dieser Allgemeinheit erscheint uns der Passus um so weniger bedenklich, da die Organe der Fortschrittspartei selber erklärt haben, daß an eine neue durchgreifende Umgestaltung der jetzt eingerichteten Cadres aus finanziellen wie aus militärischen Gründen nicht zu denken ist.

Viertens. Am Entschiedensten stimmen wir mit der Bemerkung überein, daß ohne eine verfassungsmäßige Reform des Herrenhauses alles Uebrige in das Gebiet der frommen Wünsche fällt, daß mit dieser also zu beginnen ist.

Wenn wir unsere persönliche Uebereinstimmung mit den meisten Punkten des Programms ausgesprochen haben, so müssen wir noch hinzusetzen, daß die ganze bisherige liberale Partei des Hauses, daß namentlich die Fraction Vincke durch Wort und Abstimmung dieselbe Uebereinstimmung bekundet hat. — Auch in der Militärfrage, wie wir aus den Commissionöverhandlungen wissen: weshalb bei der Schlußabstimmung ein Compromiß beliebt wurde, davon später.

Trotz dieser Uebereinstimmung haben die Organe der „Fortschrittspartei“ die bisherige liberale Majorität und namentlich die Fraction Vincke in einer Weise charakterisirt, daß sie, unhöflich gesprochen, als eine Sammlung von Landesverräthern, höflich gesprochen als eine Sammlung von „Gelehrten“ erscheinen, „die viel wissen, aber wenig wollen.“

Woher dies harte Urtheil? Da die Fortschrittspartei in ihren Zwecken mit der bisherigen Majorität einig ist, und da die persönlichen Zänkereien zwischen den Herren v. Vincke und Waldeck doch unmöglich einen hinreichenden Grund bilden, die Fraction Vincke als eine Sammlung von „Gelehrten“ zu verächtigen, so ist die Meinung der „Fortschrittspartei“ offenbar diese: die bisherige Majorität hat sich zwar den richtigen Zweck gesetzt, aber entweder nicht den Muth oder nicht den Verstand gehabt, die richtigen Mittel zu wählen; wir dagegen versprechen dem Publicum, Männer zu stellen, die auch in der Wahl der Mittel das Richtige treffen. Da nun leider über die Mittel nichts gesagt ist, so müssen wir uns aus der Natur der Sache zu unterrichten suchen, worin diese Mittel etwa bestehen können.

Mit Recht sagt das Wahlprogramm, daß bei der jetzigen Zusammensetzung des Herrenhauses alle Wünsche der Fortschrittspartei fromme Wünsche bleiben. Das Haus der Abgeordneten kann die herrlichsten Resolutionen fassen, das Herrenhaus wirft sie in den Papierkorb.

Eine verfassungsmäßige Reform des Herrenhauses ist aber nur auf einem Wege möglich: durch die Ernennung neuer Pairs von Seiten des Königs. Den König dazu zu nöthigen, gibt es keinen gesetzlichen Weg. — beiläufig gesagt auch keinen ungesetzlichen. Es bleibt also nichts übrig,

als den König entweder durch Gründe von der Zweckmäßigkeit der Sache an sich zu überzeugen, oder sie wenigstens als ein nothwendiges Mittel zur Erreichung höherer Staatszwecke darzustellen.

Für das Erste würde es keineswegs genügen, wenn die Majorität der Abgeordneten eine Resolution faßte: die Resolution des einen Hauses ist formell ein verfassungsmäßig nichtiger Act. Wenn durch denselben auf den König eingewirkt werden soll, so hängt das ganz und gar von dem Werth ab, welchen er auf diese Majorität, auf ihre einzelnen Mitglieder und auf ihre Parteirichtung legt. Eine demokratische Majorität z. B. würde ihn zu einem so wichtigen Entschluß nicht bestimmen.

Die bisherige Majorität versuchte daher den zweiten Weg einzuschlagen. — Es sei hier ausdrücklich erwähnt, daß wir nicht als Eingeweihte reden, sondern aus der einfachen Anschauung der Thatsachen. — Sie verhiess den Ministern Nachgiebigkeit in der Militärfrage, wenn sie ihrerseits in den An gelegenheiten des Herrenhauses energischer austräten. So nackt, wie wir das darstellen, ist das wol freilich nicht geschehen: die Minister hätten auch gar nicht das Recht zu einem förmlich abgeschlossenen Tauschcontract. Solche Sachen geschehen in der Welt mehr oder minder stillschweigend, wobei es dann freilich vorkommt, daß der eine oder der andere der Contrahenten in seinen Aussichten getäuscht wird. Daß die Führer der Majorität nicht sehr geschickt verfahren haben, zeigt der Erfolg: das Militärbudget ist wenigstens theilweise angenommen und das Herrenhaus besteht nicht bloß fort, sondern wird gelobt.

Die Majorität hat nicht geschickt operirt, aber das Mittel, das sie sich vorsehte, war doch ein mögliches, ein denkbares: so weit wir aber in dem Gebiet der Möglichkeiten umherspähen, so sehen wir auch nicht die geringste Spur eines Mittels, durch welches die „Fortschrittspartei“ ihren eingestanden nächsten Zweck anbahnen könnte, die Reform des Herrenhauses.

Wir fürchten vielmehr, daß sie ein Mittel wählt, welches dem Zwecke zuwider ist. Wir wollen den Fall setzen, der doch für jede Partei der erfreulichste sein muß: die „Fortschrittspartei“ gewinnt die Majorität. Sehen wir uns dann unter den Namen um, die das Programm unterzeichnet haben, so finden wir — abgesehen von zwei Namen berühmter Gelehrten — die alte Demokratie von 1848. Selbst wenn diese Demokratie mittlerweile so weit entwickelt ist, daß ihre monarchische Gesinnung außer Zweifel steht, so steht ihr doch an entscheidender Stelle die Meinung entgegen. Einer, wie man annimmt, königsfeindlichen Majorität des einen Hauses gegenüber wird man sich um so fester auf das andere stützen. Man beschuldige diese Betrachtung nicht der Kleinmüthigkeit, sondern man widerlege sie; man beantworte die bestimmte Frage: was will die „Fortschrittspartei“ thun, um eine Reform

des Herrenhauses zu bewirken? Durch Reden wirft man es nicht um, die Zeiten von Jericho sind vorüber!

Was nun jene monarchische Gesinnung betrifft, so steht sie bei den wichtigsten Organen außer Zweifel; z. B. die Nationalzeitung steht darin ganz auf demselben Boden wie wir. Wollte man aber dasselbe von der ganzen Demokratie behaupten? Noch in neuester Zeit sind Flugschriften erschienen, die diese Ansicht nicht bestätigen würden.

Wir haben den Fall angenommen, daß die Fortschrittspartei die Majorität gewinnt. Aber dieser Fall wird gerade durch das Auftreten der Fortschrittspartei sehr unwahrscheinlich. Wir haben die Namen der Unterzeichner sehr aufmerksam durchgelesen und sie in Gedanken durch die Reihe der Staatsbürger, welche die eigentliche Basis der Demokratie bilden, ergänzt; — und doch nimmt uns die Befriedigung, mit der man das Factum mittheilt, Wunder.

Der ungemein günstige Ausgang der früheren Wahlen wurde zum Theil dadurch herbeigeführt, daß die verschiedenen Fractionen des Liberalismus sich gegen die herrschende Partei vereinigten. Zum Theil! denn es wirkten dabei noch andere sehr erhebliche Motive mit, die heute nicht mehr in der alten Kraft fortbestehen. Jetzt ist der Bruch zwischen den beiden Parteien wieder offen hervorgetreten, er ist ebenso stark ausgesprochen wie 1849. Wollten die Wähler der bisherigen Majorität insgesammt in's Lager des Fortschritts übergehen, so würde das Ministerium mit dem Königthum vereint sein Gewicht in die Waagschale der Reaction werfen.

Das wird nun freilich nicht geschehen. Der größere Theil der Wähler wird den alten Männern ihres Vertrauens treu bleiben: da aber die beiden Parteien, die sich gegenseitig schmähen, mit demselben Programm vor ihre Wähler treten, so wird dadurch eine so heillose Verwirrung entstehen, daß es der Reaction nicht schwer fallen wird, im Trüben zu fischen. Sollten wir aber im Jahre 1862 wieder eine reactionäre Kammer haben, so würde das für Preußen und für Deutschland von viel ernsterer Bedeutung sein als 1856. Hätten die aufrichtigen Freunde des entschiedenen Fortschritts für ihre Candidaten gearbeitet, ohne es zum offenen Bruch zu treiben, so wäre es auch für sie klüger gewesen. † †